

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Digitale Teilhabe an Schulen sicherstellen – umfassenden Ansatz verwirklichen

Der Landtag stellt fest:

Die Digitalisierung greift längst in nahezu alle Bereiche des Lebens ein. Nicht umsonst wird von einer digitalen Revolution historischer Dimension gesprochen. Zentrale Aufgabe von Bildungspolitik muss es daher sein, künftigen Generationen die uneingeschränkte digitale Teilhabe durch Bildung zu ermöglichen. Nur so können individuelle Chancengerechtigkeit und gesamtgesellschaftliche Anforderungen gleichermaßen eingelöst werden.

Digitale Teilhabe setzt verschiedene Grundlagen voraus: Ein digitales Bewusstsein muss sicherstellen, dass digitale Prozesse als solche erkannt und grundsätzlich von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden können. Nicht nur im Bildungsbereich, in Beruf und Medien, auch der gesamte Alltag sowie gesellschaftliche und politische Diskussionen sind ohne dieses Bewusstsein nur schwer nachvollziehbar und mit dem Prinzip des mündigen Staatsbürgers kaum in Einklang zu bringen.

Digitale Teilhabe setzt aber auch digitale Nutzungskompetenz und eine informationstechnische Grundbildung voraus. Viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich als „digital natives“, können jedoch in der Regel nur ein beschränktes Spektrum der Fähigkeiten ihrer Geräte nutzen. Auch die Nutzung der Inhalte des Internets erfolgt häufig ohne kritische Reflektion. Ohne eine Stärkung der Informationskompetenz im Sinne einer digitalen Informationskompetenz kann digitale Teilhabe nicht gelingen.

Darauf aufbauend kann künftig nur aktiv mitwirken, wer eine digitale Gestaltungskompetenz besitzt. Mit dieser Kompetenz sind die Grundprinzipien der digitalen Welt gemeint, die es dem Schüler ermöglichen, sich aktiv an der Gestaltung von digitalen Inhalten zu beteiligen und Funktionsweisen zu verstehen. Dazu zählen u. a. die grundlegenden Fähigkeiten zu kodieren, zu programmieren, die Bildung von Algorithmen oder die Vernetzung von Daten zu verstehen. Diese Kompetenzen kann der Schüler nur im Fach Informatik erlangen. Die aktive Teilnahme an der Gestaltung der digitalen Welt setzt jedoch einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit der digitalen Welt voraus. Deshalb muss die Rolle des Fachs Informatik im Fächerkanon überdacht werden.

An rheinland-pfälzischen Gymnasien und Gesamtschulen fristet die informatische Bildung noch immer ein Schattendasein im wahlfreien Bereich. Dies hat zur Folge, dass sie auch in der Oberstufe nur von einer Minderheit der Schülerinnen und Schüler gewählt wird.

Eine fundierte informatische Bildung braucht gut ausgebildete und fortgebildete Lehrer. Schon heute wird das Fach Informatik jedoch wie kaum ein anderes Fach fachfremd unterrichtet. An Realschulen plus wird es zu fast 90 Prozent, an Gesamtschulen zu rund zwei Dritteln und an Gymnasien immer noch zu einem Fünftel fachfremd unterrichtet. Statt daher das Augenmerk auf die Lehrerbildung in diesem Bereich zu legen, wurden die Fachdidaktikstellen der rheinland-pfälzischen Hochschulen nicht ausgeweitet, eine Fachdidaktikprofessur für Informatik fehlt bis heute. Zusätzliche Anreize, dieses Lehramt zu studieren, bleiben aus. Daher ist es auch kein Wunder, dass die Zahl der Informatiklehrer in Rheinland-Pfalz seit 2012 wieder rückläufig ist und sich bereits um fast 10 Prozent reduziert hat, statt wie es notwendig gewesen wäre, weiter anzusteigen. Deshalb sind zusätzliche Anstrengungen vonnöten, um die Lehrerbildung und Lehrerfortbildung im Bereich der Informatik substantiell zu stärken.

Die digitale Revolution kann aber nicht bewältigt werden, wenn die digitale Schwelle im Bildungswesen nicht beseitigt wird. Wesentlicher Hinderungsgrund für die Nutzung digitaler Medien und Geräte im Unterrichtsalltag bleibt, dass zu Beginn einer Unterrichtsstunde viel zu oft kein verzugsloser und störungsfreier Einsatz von Hardware und Software gesichert ist.

Fehlende technische Unterstützung, unprofessionelle Einstellung und Wartung der Rechner im Rahmen schulischer Selbsthilfe durch Lehrkräfte und Schülerarbeitsgemeinschaften sind die nachvollziehbaren Ursachen. Konkret bedeutet dies, dass die technische Verantwortung und das Risiko für den Einsatz von Computern im Unterricht auf die einzelne Lehrkraft abgeschoben werden. Qualität und Quantität der an Schulen vorhandenen technischen Mitarbeiter reichen für diese Aufgabe nicht aus. Die Schulträger sind mit einer solch umfassenden Aufgabe weit überfordert. An dieser Stelle muss das Land eine umfassende Verantwortung für dieses wichtige Zukunftsthema annehmen. Die unionsgeführte Bundesregierung kommt hier ihrer Verantwortung nach, indem sie die Weichen für ein nachhaltiges Ausbauprogramm für die digitale Infrastruktur an Schulen angestoßen hat.

Gleichzeitig bleibt das Land in der Pflicht, für eine schnelle und flächendeckende Anbindung an das schnelle Internet zu sorgen. Ohne diesen uneingeschränkten schnellen Netzzugang kann moderne digitale Bildung nicht gelingen. Wenn jedoch noch immer zwei Drittel der Schulen angeben, lediglich über eine Internetverbindung von weniger als 30 Mbit zu verfügen, zeigt sich, dass noch ein weiter Weg für die Landesregierung zu gehen ist.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt digitaler Bildung ist eine Trendwende bei den Lehrwerken und Lehrmitteln. Das Land nutzt seine Gestaltungsmöglichkeiten in der Schulbuchausleihe nicht aus, um hier die Einführung digitaler Lehrwerke und Lehrmittel zu fördern. Von den genehmigenden Ländern nicht mit dem entsprechenden politischen Willen konfrontiert, zögern die Schulbuchverlage mit der Einführung entsprechender Angebote.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- in Kooperation mit Schulträgern und Schulen sicherzustellen, dass alle Schulen einen uneingeschränkten und schnellen Netzzugang haben;
- ein Konzept zu erarbeiten, sodass schrittweise informatische Bildung ab Jahrgangsstufe 7 verpflichtend angeboten werden kann;
- Konzepte zu entwickeln, um in der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung das Fach Informatik nachhaltig zu stärken. Wichtige Schritte könnten die Etablierung einer Didaktikprofessur sein, Studienanreize in Form von Stipendien oder auch zeitlich befristete Gehaltszulagen für angehende Informatiklehrer;
- koordinierte Weiterbildungsmöglichkeiten für Fragen der Digitalisierung im Unterricht aller Fächer für Lehrkräfte in Rheinland Pfalz zu gewährleisten, damit diese eine fundierte informatorische Grundbildung vermitteln können. Entsprechend sind Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die ein zeitgemäßes Verständnis der digitalen Informationskompetenz und die Fähigkeit, diese zu vermitteln, schaffen;

- die Lehrpläne aller Schulfächer in Hinblick auf Chancen der digitalen Teilhabe einheitlich zu überprüfen und praxisorientierte Ergänzungen zu den Lehrplänen zu erarbeiten;
- sich im Rahmen der Weiterentwicklung des Schulbuchkataloges dafür einzusetzen, lehrplankonforme digitale Bildungsmedien bzw. Ergänzungen zu eingeführten Lehrwerken verfügbarer zu machen.

Für die Fraktion:
Martin Brandl

